

Nr. XIX. GP-NR
1890 /J
1995-09-19

ANFRAGE

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz
betreffend Bericht zur Lage der VerbraucherInnen 1994

Die vom Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz vorgelegten Bestandsaufnahme aktueller Probleme des Konsumentenschutzes umfaßt zahlreiche Hinweise auf gesetzliche Mängel und Defizite. Auf nähere Ausführungen darüber wurde wahrscheinlich aus Übersichtsgründen verzichtet. Für eine wirksame Konsumentenschutzpolitik ist aber eine genauere Darstellung der einzelnen Problembereiche unabdingbar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Was werden Sie gegen die unzureichende Produktkennzeichnung im Möbelbereich unternehmen? Mit welchen Ersuchen im Hinblick auf eine Verbesserung der inzwischen aufgehobenen Möbelkennzeichnungsverordnung sind Sie an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten herangetreten? Welche Vorhaben Ihres Kollegen sind Ihnen in diesem Bereich bekannt?
2. Welche Maßnahmen gedenken Sie gegen den sanktionslosen Lieferverzug mancher Möbelhändler zu unternehmen? Werden Sie darauf dringen, daß in entsprechende Regelungen Pönalevereinbarungen aufgenommen werden?
3. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen, daß Fragen der Betriebs- und Verwaltungskosten bzw. des Managements von Time-Sharing-Projekten rechtlich besser erfaßt werden?
4. Nachdem es bei der Abwicklung von Überweisungen im Zahlungsverkehr zu massiven Verzögerungen kommt, ist die Einführung eines Limits innerhalb von Österreich nötig. Welche Schritte gedenken Sie in dieser Hinsicht zu unternehmen?

5. Durch die Inanspruchnahme von Mehrwertdiensten von der Post durch Unautorisierte entstehen Fernsprechteilnehmern oft überhöhte Gebühren. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Post technische Möglichkeiten zur Sperre von Anschlüssen für Mehrwertdienste kostenlos anbietet? Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Bestimmungen sieht die geplante gesetzliche Regelung für das Rückgaberecht im Versandhandel vor, die sich an der EU-Richtlinie "Fernabsatz" orientiert? Wann wird sie erlassen? Entspricht sie Ihren Vorstellungen?
7. Wie weit sind die Verhandlungen über ein neues Maklerrecht gediehen, das ein Rücktrittsrecht bei Vertragserklärungen, die anlässlich einer Wohnungsbesichtigung abgegeben wurden, vorsieht? In welcher Form verleihen Sie diesem Anliegen des Konsumentenschutzes mehr Nachdruck?
8. Nachdem verschiedene Anliegen des Konsumentenschutzes unterschiedliche Ministerien umfassen, wäre eine interministerielle Arbeitsgruppe für Konsumentenschutz sinnvoll. Gibt es sie bereits, wenn nicht, was spricht dagegen? Werden Sie sich zur Verbesserung des Konsumentenschutzes dafür einsetzen?